

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

Nr.: 3/05

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>



Dagmar
Mühlenfeld



Frau OB Mühlenfeld, auch SPD-Vorsitzende, Aufsichtsratsvorsitzende MWB, Aufsichtsratsvorsitzende MEDL, Aufsichtsratsvorsitzende M&B, Aufsichtsratsvorsitzende Flughafen AG, Vorsitzende des Rennverein Raffelberg, Geschäftsführerin der MST, Mitglied im Aufsichtsrat BHM, bis Nov. auch RWW, Mitglied im Kreditausschuss der Sparkasse, Mitglied im Beirat der Leonhard-Stinnes-Stiftung, der Coupienne- und Rosorius-Stiftung uswuswuf. ist seit Jahresbeginn auch im erlauchten Aufsichtsrat der RWE Holding.



Am 23.03.
wählen.

mit Kopf und Herz
für Mülheim



Weder der Rat der Stadt, noch die Öffentlichkeit wurden darüber informiert, geschweige denn um Zustimmung gefragt.

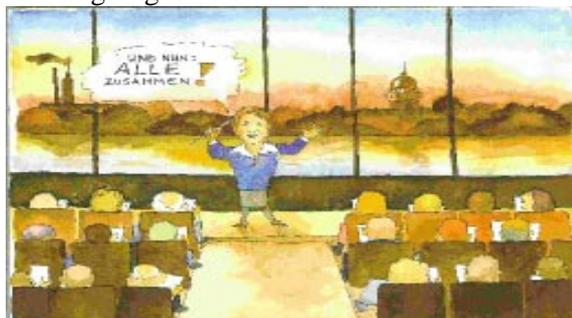
Erst ein Hinweis aus einer Nachbarstadt brachte die MBI dazu, offiziell in einer Ratsitzung, nachzufragen. Die OB musste es notgedrungen zugeben und ließ das Mülheimer Rechtsamt schnellstens eine Stellungnahme verfassen, wonach Frau Mühlenfeld als Privatperson im RWE-Aufsichtsrat säße. Deshalb brauche sie die Vergütungen auch nicht abzuführen.

Aufgrund der aufkeimenden Kritik verkündete die OB dann, sie wolle die Gelder spenden, z.B. an eine noch zu gründende Sommerakademie für Hochbegabte o.ä.. Das aber könne sie erst nach ihrer Steuererklärung uswuf.

**Mindestens 107.000 Euro p.a. erhält die OB alleine vom RWE,
ob mit oder ohne Stromdeputat ist noch unbeantwortet!**

Nach Beamtengesetz und einem erneuten Erlass des NRW-Innenministeriums dürfen Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte aber nicht mehr als insgesamt 6000 Euro an jährlichen Einkünften aus ihren Nebentätigkeiten kassieren. Höhere Einkünfte müssen an die Gemeinde abgeführt werden.

P.S.: Peinlicherweise meldete sich der abgängige Vorgänger Dr. Baganz überraschend zu Wort, um der OB Rücken- deckung zu geben. Siehe da: Er blieb nicht nur noch als Nicht-OB im RWE-Aufsichtsrat, er hat auch nichts abgeführt!



INHALT:

- Das Ende der wundersamen Geldvermehrung durch Nebeneinkünfte.....S. 1
- Mythen in Tüten: Auszüge aus der MBI-Etatrede 2005:.....S.2 - 3
- Wie weiter nach dem Bürgerentscheid: Schlussfolgerungen und Denkanstöße.....S. 4

Pleite, pleiterer, Mülheim!

Vom BVB lernen oder mit Luftschlössern in den Absturz?!

“Ruhrstadt statt Ruhrbania!”



Auszüge aus der **MBI-Etatrede 2005** Ratsitzung am 24.2.05

Die jährlichen Fehlbeträge von bereits hiobsartigen 90 Mio Euro aus 2004 werden sich in den kommenden Jahren noch deutlich erhöhen, zumindest wenn Einsparungen wie von OB Mühlenfeld und Kämmerer Bultmann vorgetragen im wesentlichen nur durch ÖPNV-Kürzungen und Personalreduzierung geschehen sollen. **Bei den Ansätzen für Ruhrbania mit all seinen unbezahlbaren Einzelplänen und langfristigen Verpflichtungen soll dagegen nichts gespart werden.** (*Ruhrpromenade, Rathausteilabriss, dafür Anmietung SWB-Turm, Abriss Gesundheitshaus und Bücherei, dafür neues Medienhaus, dafür Anmietung Möbel Nohlen für das verdrängte Bürgeramt, Kongresszentrum mit Hotel an der Stadthalle, Ankauf Grundstücke für eine sehr vage maritime Meile im Hafen, sündhaft teures Gründerzentrum mit unkalkulierbaren Folgekosten auf Jahrzehnte, Büropark Flughafen*)

Die jährlichen Fehlbeträge von bereits hiobsartigen 90 Mio Euro aus 2004 werden sich in den kommenden Jahren noch deutlich erhöhen, zumindest wenn Einsparungen wie von OB Mühlenfeld und Kämmerer Bultmann vorgetragen im wesentlichen nur durch ÖPNV-Kürzungen und Personalreduzierung geschehen sollen. **Bei den Ansätzen für Ruhrbania mit all seinen unbezahlbaren Einzelplänen und langfristigen Verpflichtungen soll dagegen nichts gespart werden.** (*Ruhrpromenade, Rathausteilabriss, dafür Anmietung SWB-Turm, Abriss Gesundheitshaus und Bücherei, dafür neues Medienhaus, dafür Anmietung Möbel Nohlen für das verdrängte Bürgeramt, Kongresszentrum mit Hotel an der Stadthalle, Ankauf Grundstücke für eine sehr vage maritime Meile im Hafen, sündhaft teures Gründerzentrum mit unkalkulierbaren Folgekosten auf Jahrzehnte, Büropark Flughafen*)

Dadurch wird die Handlungsfähigkeit der Stadt derart stranguliert, dass u.a. bei Schulsanierung und Straßenreparatur selbst gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen in der Prioritätenliste hinten runter fallen. Genannt seien z.B. die “dringend erforderlichen” Sanierungen von Feuchtschäden in Grundschulen (Nord- und Gathestr., Krähenbüschken sowie Oemberg, wo trotz Gesundheitsgefährdung selbst gesetzlich vorgeschriebene Auflagen(!) nicht erfüllt werden können, die Kindertagesstätte Kämpchenstr. uswuf..), die überfällige Sanierung im “Cafe 4 You”, die lange versprochenen Pavillons Luisenschule, der behindertengerechte Umbau auch nur eines einzigen Gymnasiums, gesetzlich vorgeschriebene Neu- und Umbaumaßnahmen im Tierheim, alle Umbaumaßnahmen für die von allen geforderte Ganztagsgrundschule und, und, und ...

Wenn in Zeiten von Hartz IV die Gelder für die unabhängige Beratung der Arbeitslosen durch das MALZ zum größten Teil gestrichen wurden, zeigt auch das die soziale Schieflage mehr als deutlich.

Zusammengefasst: Die Haushaltssituation unserer Stadt ähnelt dem Sinkflug eines Passagierflugzeugs kurz vor dem Aufprall, nachdem die Entscheidung zur Notlandung mehrfach verschoben und auf Blindflug umgestellt wurde.

SPD, CDU und Grüne stimmen heute auch diesem Haushalt wieder zu, die FDP zwar nicht, doch sie will dennoch unbedingt an Ruhrbania festhalten. Das alles wirkt etwa so, als wollten Don Quichote und Sancho Panza den guten Adam Riese und sein Zahlenwerk bekämpfen, obwohl ein Krieg gegen Adam Riese bereits per Definition aussichts- und zukunftslos ist!
Ähnlich wirkt der Versuch, eine Überschuldung durch noch mehr Schulden zu lindern!

Auf die finanzielle Lage unserer Stadt bezogen, sollte man zuallererst eine nüchterne Bestandsanalyse machen und dabei mit sorgsam gepflegten Mythen aufräumen:

Mythos 1: “Mülheim steht im Vergleich zu anderen Ruhrgebietsstädten besser da und verschuldet sind schließlich fast alle Städte und Kommunen”

Weit und breit ist keine vergleichbare Stadt zu finden, die wie Mülheim schon im 8. Jahr in Folge keinen genehmigten Haushalt mehr zustande bekommt. Die Stadt Duisburg, nachweislich mit mehr Arbeitslosigkeit und größeren Strukturproblemen, hat bei fast dreimal so großer Bevölkerung mit 146 Mio Euro Fehlbetrag im Etat 2005 nur wenig mehr als Mülheim. Deutlicher kann man das Mülheimer Haushaltsdesaster kaum zeigen.

Die Mülheimer Verantwortlichen benehmen sich ähnlich wie die von Borussia Dortmund noch vor 3 Jahren, bei denen nun das bittere Erwachen gekommen ist. Viel anders ist die Situation Mülheims demnächst nicht, nur mit dem einen Unterschied, dass die Stadt keinen Konkurs anmelden kann.

Die Ruhrpromenade als Kernstück von Ruhrbania hat für Gutachter, Planung und Werbung bereits viel Geld verschlungen. Das meiste wird genau wie die teuren Wettbewerbsideen von 95/96 im Papierkorb enden. Mit dem Kanalbau Fr.-Ebert-Str. wird die Ruhrstr. in beide Richtungen geöffnet, damit wird der Endzustand erreicht sein und die Ruhrpromenade dem Metrorapid ins Grab folgen!

Mythos 3: "Wir können die finanziellen Engpässe mit PPP-Modellen in den Griff bekommen"

Politik der 90iger Jahre in Mülheim war es, unabhängig von Particouleur, Probleme zu verschieben nach dem Prinzip Hoffnung, dass sich irgendwie alles von selbst regele. Schuldenberge und Sanierungsstau waren die Ergebnisse, mit denen dann der nächste Schritt der öffentlichen Verarmung - der große Ausverkauf von Tafelsilber, Grünflächen usw. - begründet wurde.

Der Verkauf der Goldesel Wasser, Gas, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Abwasser – zumeist auch noch gegen die Wettbewerbsgesetze und nicht zum größtmöglichen Vorteil der Stadt - hat nur wenig Zeitgewinn verschafft, aber die Zukunftsaussichten für Stadtsäckel und Bürger deutlich verschlechtert. **Insgesamt aber ist auch diese Phase des Verkaufs von Tafelsilber im lukrativen Ver- und Entsorgungsbereich im wesentlichen als abgeschlossen anzusehen.**

Die zentralen Punkte für eine wirkliche Haushaltsanierung wurden über 1 Jahrzehnt nicht angegangen, weshalb selbst das größte Geschäft der Stadtgeschichte, der RWW-Verkauf, drei Jahre später bereits völlig wirkungslos verpufft ist.

Da Ruhrbania aber mit Gewalt Vorrang erhalten soll, bleibt selbst für sensible und unvermeidbare städtische Pflichtaufgaben kein Geld und deshalb sollen Private mit ins Boot, ob bei Altersheimen, Schulen, Feuerwehr o.ä..

Frau OB Mühlenfeld behauptet in ihrer Stellungnahme zum Bürgerentscheid z.B., durch Beteiligung privater Unternehmen bei Schulsanierung könnten städtische Gelder um bis zu 25% wirksamer eingesetzt werden. Kurzfristig mag das auch so aussehen, wenn etwa Schulgebäude an Private vergeben und zurückgemietet werden. Doch bereits mittelfristig schränkt das die städtische Handlungsfreiheit noch mehr ein, weil die fixen Mietkosten für 25 Jahre oder mehr unveränderbar sind. Langfristig aber zahlt die Stadt immer mehr als sie selbst hätte aufbringen müssen, weil der PPP-Partner logischerweise Profit machen will.



Zudem besteht das Risiko, dass Private sich bei städt. Garantiezahlungen

über Jahrzehnte die Rosinen herauspicken, während die restlichen Schulden o.ä. erst recht verfallen, wie in England nach Thatcher geschehen. Kurzum: Um Gelder für das Luftschloss Ruhrbania frei zu haben, werden so im Sozialen, bei Kindern, alten Menschen usw. bei Privaten Wechsel auf die Zukunft aufgenommen, die unsere Kinder und Kindeskinde abtragen müssen. Gleichzeitig vergrößert sich das Risiko, dass weniger lukrative Teile herausfallen, wofür die Kommune aufkommen muss, wie z.B. die Pflegestufe 0 in Altersheimen.

Teil- oder Ganzprivatisierung von kommunalen Pflichtaufgaben sind für Private normalerweise ein Bombengeschäft, weil sie keinem Marktrisiko unterliegen, die Einnahmen garantiert sind, man nur profitable Teile übernimmt und bei Mißwirtschaft die Stadt für alles garantieren muss. **Die Kommune bleibt im Endeffekt auf reinen Zuschussaufgaben sitzen und hat ansonsten nur noch wenig Einfluss, wie die Serie von drastischen Gebührenerhöhungen bei Strom, Wasser, Gas und demnächst Abwasser und Müllabfuhr deutlich macht.**

Privatisierung bedeutet immer weniger Demokratie, weniger Transparenz und weniger Schutz der Bürger, der Beschäftigten und der Umweltstandards. **Dass Private eben nicht grundsätzlich besser wirtschaften, zeigt das Beispiel MEG deutlichst! Man kann und darf nämlich nicht mehr mit dem bekannten Mölm'schen Schlendrian weitermachen, der geprägt ist durch das Wechselspiel von Dilettantismus und Größenwahn. Der Versuch, über PPP-Modelle auf breiter Front Zeit zu gewinnen, verschiebt Probleme wie Lösungsansätze auf unsere Kinder bei zusätzlichen unkalkulierbaren Risiken.**



Aus all diesen Gründen heraus unterstützen wir den Bürgerentscheid, quasi als Notbremse, um eine realitätsnähere Logik überhaupt wieder zu ermöglichen. Das Elend des ruhmreichen BVB sei uns ein mahnendes Beispiel!

Vorrang von Schulsanierung gegenüber Ruhrbania! Schlussfolgerungen aus dem erfolgreichen Bürgerentscheid: Vom BVB lernen, nicht mit Luftschlössern und windigen PPP-Modellen in den Absturz!

Zeitungsüberschriften zum Bürgerentscheid wie in der Lokalpresse: „Die Optimierung muss weitergehen“(WAZ), „Und die Konsequenz?“(NRZ) oder: „Stadt sucht nach „kreativen Lösungen“ (WAZ-Aus dem Westen) usw. zeigen eine ziemliche Ratlosigkeit auf Seiten der verantwortlichen Mülheimer Stadtspitzen, z.T. aber auch bei den Journalisten zu der Frage, was denn der erfolgreiche Bürgerentscheid bedeuten könnte bzw. welche Konsequenzen daraus erwachsen.

Der Auftrag des Wählers nach dem Bürgerentscheid lautet:

„Die Stadt Mülheim an der Ruhr muss es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung neuer bzw. der Änderung bestehender Gesellschaften, im Bereich der Daseinsvorsorge (insbesondere im Bereich der Entsorgung, der Stadtentwässerung, der Versorgung mit Energie und Wasser, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Altenpflege, der Stadtbücherei und der Unterhaltung von städtischen Gebäuden und Anlagen), Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen.“

Das bedeutet, u.a. dass

- ◆ bei den bereits teilprivatisierten Betrieben wie MEG, medl, SEM, RWW, MVG oder Betrieben der Stadt, keine weiteren Anteile an Private verkauft werden können,
- ◆ das Kraftwerk Raffelberg nicht verkauft werden darf,
- ◆ keine Anteile der MST, zu der Stadthalle und Schloss Broich gehören, verkauft werden dürfen
- ◆ bei den Eigenbetrieben (EB) wie Grün&Wald, MSS (Mülheimer Sport Service), Kulturbetrieb, EB Alteneinrichtungen und dem Immobilienservice, weder insgesamt noch teilweise Privatisierungen durchgeführt oder durch PPP-Modelle ersetzt werden dürfen.

Der letzte Punkt bedeutet vor allem, dass für die Unterhaltung und Sanierung von Schulen, Kindergärten, städt. Altenheimen und Bädern sowie dem Rathaus, der EB Immobilienservice alleine verantwortlich bleibt. PPP-Modelle, bei denen private Firmen oder Konsortien jetzt Geld z.B. für Schulsanierung investieren, das sie sich dann über langfristige Mietverträge o.ä. doppelt und dreifach zurückholen, sind, zumindest für die nächsten 2 Jahre, nicht möglich.

Auch das angedachte PPP-Modell für das Medienhaus, ist nach dem Bürgerentscheid so nicht mehr möglich. Inwieweit der seit langem angekündigte Verkauf des Stadtbades, an dem die Stadt direkt noch 20% und über medl-Beteiligung weitere ca. 40% besitzt, zum Bau von Eigentumswohnungen realisierbar ist, muss noch geklärt werden.

Private haben im Übrigen folgende Mehrkosten im Vergleich zur Kommune:

- 1. Sie müssen im Schnitt 2% mehr Zinsen für Kredite zahlen im Vergleich zu Kommunalkrediten**
- 2. Sie müssen anders als die Stadt 16% Mehrwertsteuer zahlen**
- 3. Sie wollen legitimerweise Profite machen, meist mind. 5% jährlich**

Alle diese Mehrkosten müssen im Endeffekt Stadt bzw. Gebührenzahler dann ebenfalls tragen, wenn die Stadt Pflichtaufgaben an Private überträgt und per Miet- oder Leasing-Vertrag abbezahlt. Kurzfristig braucht die Stadt dann zwar kein oder wenig Geld zu bewegen, doch mittel- und langfristig verschuldet sie sich noch mehr.

Für die Mülheimer Politik bedeutet der Bürgerentscheid vor allem aber:

Die Prioritätenlisten des EB Immobilienservice und der Investitionsprogramme müssen überarbeitet und völlig neu aufgestellt werden. Unumgänglichen Sanierungen von Schulen, Kindergärten und Altenheimen müssen viel weiter nach oben, Prestigeobjekte dafür nach hinten.

Den bisherigen Vorstellungen, das so zu regeln, indem Private Pflichtaufgaben der Stadt übernehmen, wofür sich die Stadt bereits mittelfristig noch mehr verschuldet, haben die Bürger mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid einen Riegel vorgeschoben.

Sicherlich reicht das nicht aus, denn die Verschwendung, etwa durch die gängige Gutachteritis, die Pöstchenhuberei vor allen auf höheren Ebenen sowie Filz und Vetternwirtschaft, müssen dringend eingedämmt werden. All das blühte durch die bisherige Teilprivatisierung erst recht auf – siehe MEG –, auch weil Transparenz und demokratische Kontrolle bei den ganzen PPP-Modellen alleine schon deshalb stark eingeschränkt wird, weil immer Geschäftsgeheimnisse der Privaten geschützt werden müssen!